



Anfrage

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2010/08987**
Datum: 03.06.2010
Bezug-Nummer.
Kostenstelle/Unterabschnitt:
Verfasser: Herr Erik Schulze
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	23.06.2010	öffentlich Kenntnisnahme

Betreff: Anfrage des Stadtrates Erik Schulze (NPD) zu finanziellen Mitteln zur Unterstützung von Projekten zur Bekämpfung des Linksextremismus

Einer Anfrage in der Stadtratssitzung vom März 2010 zufolge, erhielt die Stadt Halle in den Jahren 2008 und 2009 vom Bund einen Betrag i. H. v. 245.000 Euro zur Unterstützung des Kampfes gegen Rechtsextremismus. Neueren Erkenntnissen des Bundesamtes für Verfassungsschutz folgend, gab es einen deutlichen Anstieg LINKSEXTREMISTISCHER Gewalt. Auf dieser Grundlage ergeben sich für mich folgende Fragen an die Stadtverwaltung:

1. Ist für die Stadt Halle dieser bundesweite Trend ebenfalls zu verzeichnen? (Bitte entsprechendes Datenmaterial beilegen)
2. Gab oder gibt es Projekte bzw. Bemühungen seitens der Stadtverwaltung, um Potentiale linksextremistischer Gewalt zu bekämpfen? Wenn ja, bitte einzelne Vorhaben auflisten.
3. Erhielt die Stadt finanzielle Mittel in den Jahren 2008 und 2009 vom Bund und/oder vom Land zur Unterstützung von Projekten zur Bekämpfung des Linksextremismus? (Wenn ja, bitte aufschlüsseln nach Höhe, von wem zur Verfügung gestellt und für welchen konkreten Zweck bestimmt)
4. Welche Beträge stellt die Stadt Halle aus Eigenmitteln für derartige Projekte zur Verfügung? (Bitte aufschlüsseln nach Höhe und Projekt)
5. Welche Vereine, Schulen, Kindergärten und sonstige Institutionen erhielten finanzielle Mittel zur Durchführung bzw. Unterstützung zur Bekämpfung des Linksextremismus? (Bitte aufschlüsseln nach Betrag, Empfänger und Projekt)

gez.
Erik Schulze

Die Antwort der Verwaltung lautet:

1. Ist für die Stadt Halle dieser bundesweite Trend ebenfalls zu verzeichnen? (Bitte entsprechendes Datenmaterial beilegen)
2. Gab oder gibt es Projekte bzw. Bemühungen seitens der Stadtverwaltung, um Potentiale linksextremistischer Gewalt zu bekämpfen? Wenn ja, bitte einzelne Vorhaben auflisten.
3. Erhielt die Stadt finanzielle Mittel in den Jahren 2008 und 2009 vom Bund und/oder vom Land zur Unterstützung von Projekten zur Bekämpfung des Linksextremismus? (Wenn ja, bitte aufschlüsseln nach Höhe, von wem zur Verfügung gestellt und für welchen konkreten Zweck bestimmt)
4. Welche Beträge stellt die Stadt Halle aus Eigenmitteln für derartige Projekte zur Verfügung? (Bitte aufschlüsseln nach Höhe und Projekt)
5. Welche Vereine, Schulen, Kindergärten und sonstige Institutionen erhielten finanzielle Mittel zur Durchführung bzw. Unterstützung zur Bekämpfung des Linksextremismus? (Bitte aufschlüsseln nach Betrag, Empfänger und Projekt)

Zu 1.

Der Verfassungsschutzbericht Sachsen-Anhalt für 2009 zum Bereich des Linksextremismus benennt als Schwerpunkt den Bereich Magdeburg. In Halle spielen DKP und MLPD eine untergeordnete Rolle. Sonst ist Halle bezogen auf Strukturen nicht benannt. Als Anhaltspunkt zur Bedeutung der Parteien wählt der Bericht die Wahlergebnisse.

DKP (Europawahl):

Bundesweit- 0,1 %, Sachsen-Anhalt- 0,3 %, Halle (Stadt) -0,3 %

MLPD (Bundestagswahl):

Landesweit – 0,3%, Halle (Stadt) 0,38%.

Halle liegt im Landesdurchschnitt und stellt keinen Schwerpunkt dar.

Zu 2. Die Stadtverwaltung verfolgt mit all seinen vielfältigen Aufgaben die Entwicklung, Förderung und Stärkung einer aktiven Bürgergesellschaft in Halle, in der alle Menschen, die in der Stadt Halle (Saale) leben als Bürger der Stadt verstanden und eingebunden werden sollen. Im Vordergrund stehen hierbei die Entwicklung einer Anerkennungskultur zwischen allen Bürgern, die Förderung der Vielfalt des Zusammenlebens sowie die Ermöglichung von Partizipation.

Die Stadtverwaltung Halle (Saale) ist den Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet. Daher dient alles, was mit öffentlichen Mitteln gefördert wird in allen Politikfeldern der Förderung der Demokratie und damit gleichzeitig dem Kampf gegen Extremismus jeglicher Art.

Insgesamt stellt sich die Frage für Halle grundsätzlich so dar:

Jugendhilfe

Grundlegend ist es eine Aufgabe der Jugendhilfe, mit extremen Gruppen dahingehend zu arbeiten, dass über die Jugendhilfe Maßnahmen entwickelt werden, welche extreme Bestrebungen zurückdrängen.

Dabei spielt in der Jugendhilfe die Frage nach den Grenzziehungen eine entscheidende Rolle sowie die Frage danach, an welcher Stelle u.a. (sozial)pädagogische Angebote beendet, abgebrochen oder zurückgezogen werden.

Dort, wo gezielt extremistisch politische oder politisch-propagandistische Wirkungen von

jungen Menschen beabsichtigt sind oder wo derartige Auffassungen in die Öffentlichkeit getragen werden sollen, ist eine derartige Grenzziehung vonnöten. Die Arbeit mit politisch extremistischen Organisationen kann umschlagen in die Unterstützung eines Segments der extremen Bewegung, d.h. diese könnten die Sozialarbeiter instrumentalisieren. Solche Organisationen nutzen selbst Methoden der Sozialarbeit, um ihre Ziele zu erreichen.

Unabhängig von diesen Grenzziehungen kann ich Ihnen aus unserer Sicht der Stadt mitteilen, dass linksextreme Strukturen in Halle (Saale) keine signifikante Größenordnung darstellen. Eine Gefährdung des öffentlichen Lebens ist hier nicht gegeben.

Streetwork

Was die Arbeit mit politisch orientierten Jugendlichen (sowohl links wie rechts) betrifft, setzt das Arbeitsfeld Streetwork die Akzeptanz der jeweiligen Zielgruppe mit ihren Einstellungen und Lebensstilen voraus. Akzeptierende Arbeit ist primär Beziehungsarbeit, die sich im Prozess wachsender Vertrautheit und gegenseitiger Akzeptanz im Umgang miteinander entfaltet. Kern dieser Beziehungsarbeit sind dann vor allem intensive, situativ entstehende Einzelgespräche. Für die Praxis bedeutet dies zunächst präsent zu sein, zuzuhören und zu verstehen.

Über ein festes Vertrauensverhältnis zwischen den jungen Menschen und Streetwork können Selbstvertrauen, Eigeninitiative und Integrationswille entwickelt werden. Dies ist im Kontext von Hilfe zur Selbsthilfe zu sehen.

Hintergrund der Akzeptanz ist hierbei, dass sich bei diesen Jugendlichen ein menschenverachtendes System noch nicht soweit verinnerlicht hat, so dass ein pädagogisches Einwirken sinnvoll erscheint.

Zu 3. bis 5. . Explizite Mittel zur Unterstützung von Projekten zur Bekämpfung des Linksextremismus wurden weder seitens des Bundes bzw. des Landes noch explizit von der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellt.

Tobias Kogge
Beigeordneter